

Dresdner Volkszeitung

Verlag: Dresden
Ruben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Ed. St. Schmidt, Dresden.
Herausgeber: Ed. St. Schmidt, Dresden.
Vertrieb: Ed. St. Schmidt, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen irgendeiner Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalt, hat der Bezugsnehmer der Dresdner Volkszeitung seinen Beitrag auf Rückzahlung des Bezugsvertrages oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Abonnementpreis einschließlich Porto für ein Jahr (12 Hefen) 1,20 Mk. (für auswärtige Abonnenten 1,30 Mk.). Halbjährlich 0,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Dresden Nr. 2521. Sprechstunden von Montag bis Freitag von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsadresse: Wettinerplatz 10, Dresden Nr. 2521 und 12707.
Telefonnummer: 2521 und 12707.

Abonnementpreis: Grundpreis: die 30 mm breite Nummer 10 Pf. bis 30 mm breite Nummer 20 Pf. für auswärtige Abonnenten 40 Pf. und 250 Pf. Familienabonnenten, Studenten und Militärs 40 Pf. Rabatt. Die Preisveränderung 10 Pf.

Nr. 210

Dresden, Freitag den 7. September 1928

39. Jahrg.

Gute Reichsfinanzen? Der Ueberschuß in der Reichskasse

Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht eine Uebersicht über die Einnahmen und die Ausgaben in der Zeit von April bis Juli 1928. Für den siebenmonatlichen Zeitraum ergibt sich ein Ueberschuß von 411,5 Millionen Mark. Das ist ein Rekord und ein Beweis für die außerordentlichen Erfolge der Reichsfinanzverwaltung im Jahre 1928. Der Ueberschuß übersteigt den Ueberschuß des Jahres 1927 um 100,5 Millionen Mark. Der Ueberschuß des Jahres 1927 betrug 311 Millionen Mark, das ist durch das Defizit des Jahres 1926 um 43,5 Millionen Mark auf 503,8 Millionen Mark vergrößert.

Wichtig bleibt für den gesamten öffentlichen und außeröffentlichen Haushalt ein Ueberschuß von 54,8 Millionen Mark.

Man darf aus diesen Zahlen nicht schließen, daß die Finanzen des Reiches sich in besonders gutem Zustande befinden. Die Einnahmen des Reiches verteilen sich nicht gleichmäßig auf die einzelnen Monate. Im Monat Juli dürften die Reichseinnahmen deshalb ungewöhnlich groß gewesen sein, weil in diesem Monat in erheblichem Umfang Steuern an die Reichskassen abgeführt werden mußten, die für das ganze Jahr zu entrichten sind. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß sich der jetzt scheinbar so erhebliche Ueberschuß in einen Zeitbetrag verwandelt.

Eine Gefahr für unsere Reichsfinanzen bildet vor allen Dingen der außerordentliche Etat. Der außerordentliche Etat, der die nicht wiederkehrenden Ausgaben enthält, soll nach den in der Finanzwissenschaft herrschenden Grundsätzen durch den Erlös von langfristigen Anleihen ausgeglichen werden. Vorläufig ist aber kaum daran zu denken, daß das Reich eine größere Anleihe unterbringt. Mit der Reichsanleihe von 500 Millionen Mark, die im Anfang des Jahres 1927 aufgelegt wurde, hat das Reich nicht allzuviel Glück gehabt. Es mußte sich nachträglich zu einer Erhöhung des Zinsfußes von 5 Prozent entschließen. Das Reich kann vorläufig am besten das Geld nur für verhältnismäßig kurze Fristen durch Ausgabe von sogenannten Schatzscheinen bekommen und das ist ein sehr unermünder Zustand. Man hat bisher die Ausgaben im außerordentlichen Etat zu einem erheblichen Teil durch die Ueberschüsse des ordentlichen Etats gedeckt. Ob das aber auf die Dauer möglich sein wird, ist zweifelhaft.

Vom 1. September an müssen bekanntlich die Reparationszahlungen in der vollen Höhe von 2500 Millionen Mark getragen werden, und dadurch erwächst dem Reich eine wesentliche erhöhte Belastung seines Etats. Deswegen wird die finanzielle Lage des Reiches vielfach als sehr gespannt angesehen und man muß damit rechnen, daß über kurz oder lang neue Steuern in Deutschland eingeführt werden müssen. Das wird dann freilich eine starke Belastungsprobe für die gegenwärtige Koalition sein, wenn sie noch bestehen sollte. Ist es doch sehr unwahrscheinlich, daß die bürgerlichen Parteien bereit sein werden, bei der Gestaltung der neuen Steuern der Sozialdemokratie die Zugeständnisse zu machen, die wir unbedingt verlangen müssen.

Bei der Finanzlage des Reiches müßten alle unnötigen Ausgaben unbedingt vermieden werden, und deshalb war es recht unangebracht, daß man den Beginn des Panzerkreuzerbaues mit der Behauptung zu rechtfertigen suchte, daß Herr Groener die notwendigen Stimmen aus seinem Reichsmehrheit herausparieren würde. Wenn Groener wirklich etwas sparen kann, was ihm freilich leicht möglich sein müßte, so werden diese gesparten Millionen dringend gebraucht und es ist unverantwortlich, daß man sie so verschwendet, wie das mit dem Bau des Panzerkreuzers geschieht.

Erklärung der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion

In der Dresdner Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag abend 6. September 1928, die den kommunikativen Antrag zur Panzerkreuzerfrage folgende Erklärung ab:

„Die sozialdemokratische Partei hat seit ihrem Bestehen ununterbrochen den Kampf gegen alle Kriegsrüstungen geführt. Im Erfurter und im Heiberg-Programme ist diese Stellungnahme in aller Deutlichkeit scharf und unmissbar festgelegt. Das Heiberg-Programme fordert Abwehr aller monarchistischen und militaristischen Bestrebungen und verlangt die internationale Abrüstung. Gestützt auf diese grundsätzlichen Einstellungen, die Gemeingut der in der SPD organisierten Massen sind, hat sich die sozialdemokratische Mitgliedschaft mit aller Entschiedenheit gegen den Bau des Panzerkreuzers gewendet. Sie ist willens und fähig sich allein stark genug, alle ihr entgegenstehenden Widerstände zu überwinden. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion steht einmütig hinter diesem Massenwillen und bekennt, daß die Zustimmung zum Beginn des Panzerkreuzerbaues gegeben wurde.“

Da sich der kommunikativen Antrag, wie aus den Neben- und Presseerörterungen der SPD, eindeutig hervorhebt, weniger gegen die Kriegsrüstungen richtet, sondern vielmehr auf Verhinderung und Abschaffung der sozialdemokratischen Partei hinausläuft, verlegt die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion im Einklang mit dem oben betonten Massenwillen dem kommunikativen Antrag ihre Zustimmung.“

Die sozialdemokratische Partei hat sich entschieden gegen den Panzerkreuzerbau ausgesprochen.

Severings Pläne

Republikanisierung der Verwaltung — Abbau der Leno — Mittel für Aufstieg von Arbeiterkindern

Hamburg, 6. September. (Sig. Draht.)

Am Donnerstag nahm auf dem Gewerkschaftskongress Genosse Severing das Wort zu folgenden Ausführungen:

Der Leiter des Kongresses hat hervorgehoben, daß ich aus der Gewerkschaftsbewegung komme. Obwohl ich bin und bleibe der kleine Metallarbeiter, und wenn ich jetzt einige Worte über meine Amtsführung sage, so bin ich gewiß, daß an manchen Stellen meine Rede das Echo findet. Ich bleibe eben doch bis an mein Lebensende ein Gewerkschafter.

Das Bildungserbe hat gezeigt, daß die Gewerkschaften jetzt auch in kulturpolitischen Fragen eine Offenheit auf Geschehnisse und Vermählung unternehmen wollen. Die Kulturpolitik über die Bildungsfrage hat mir wertvolle Anregungen gegeben. Trotzdem hätte die Leitlinie der Kulturpolitik nicht so stark gefaßt sein können. Als Gewerkschaftssekretär habe ich mich ja oft in der Kunst des Dreijährigen geübt und bin daher gewöhnt, vor dem Verdacht, ein radikaler Draufgänger zu sein. Gleichwohl hätte ich gerade in der Kulturpolitik gern noch ein paar schärfere Töne vernommen. Die Gewerkschaften sollten nicht nur für die Volks- und Berufsschulen, sondern auch

für die Hochschulen

ihre Forderungen anmelden. Hier, auf den Hochschulen, muß noch vieles nachgeholt werden. Die Gewerkschaften legen, daß der Staat ihr Geld werden müsse. Wichtig! Auf dem Wege zu diesem Ziele müssen aber unbedingt auch die Hochschulen erörtert werden.

Man hat in der Debatte gesagt, die Minister könnten nicht die Sterne vom Himmel herunterholen, man solle also nicht gleich allzuviel von den sozialistischen Ministern verlangen. Sterne vom Himmel herunterholen? Warum nicht? Wenn es geht, holen wir auch die Sterne vom Himmel herunter, und wenn das nur in Etappen möglich ist, gut, ich bin damit einverstanden. (Stürmischer Beifall.) Wir sind vorwärts gekommen, vor allem in der Sozialpolitik, und deshalb hat die Forderung erhoben, es müsse nun endlich wie in der Sozialpolitik auch in der Kulturpolitik eine große Linie geschaffen werden, die vorwärts führe. Die Parallele

Sozialpolitik und Kulturpolitik

finde ich nicht ganz richtig. Der frühere Reichsinnenminister Koch, Weser, hat einmal das Reichsinnenministerium als Dame ohne Unterleib charakterisiert. Das Reichsinnenministerium hat kein Ausführungsorgan. Das gilt sowohl für die Polizei wie auch für das Gebiet der Schule, und das hat ja auch der frühere Reichsinnenminister v. Krosigk öfter und schmerzhaft erfahren müssen. (Heiterkeit.)

In der Sozialpolitik steht das Zentrum auf unserer Seite, weil die christlichen Arbeiter für das Zentrum eine Art Motor darstellen. In der Kulturpolitik steht das Zentrum nicht auf unserer Seite. Ich möchte daher vor Illusionen warnen. Ob das Reichskongress eingeleitet wird, das ist zunächst eine taktische Frage. Ueber taktische Fragen spricht man aber nicht in der Öffentlichkeit. Ich betrachte es als meine Hauptaufgabe, zunächst einmal den Bau der Republik nach dieser Seite hin zu festigen und zu sichern. Man hat gesagt, die Republik ist bereits gesichert. Die Republik ist so gesichert, aber nicht ihre Verwirklichung. Ihr Verwirklichungsapparat ist noch sehr labil. (Starker Beifall.) Wenn wir die Republik sichern wollen, dann genügt es nicht, daß die sozialistischen Minister in der Reichsregierung nur eine Halbtunde von etwa vier Wochen geben, sondern wir müssen dann schon eine ganze Legislaturperiode in der Regierung bleiben. (Starker Beifall.) Damit ist nicht gesagt, daß wir unter allen Umständen in der Regierung bleiben wollen. Wir bleiben nicht in der Regierung um das Preis eines Verrats der Grundsätze. Grundsätze verrate ich nicht. Woher würde ich die Arbeiterklasse zur starken Opposition gegen die bestehenden Ge-

walten führen. Von grundsätzlichen Verrat kann keine Rede sein, auch nicht in der Panzerkreuzerfrage. Das ist nur eine taktische und nicht eine grundsätzliche Frage.

Wenn ich nun auf dem Gebiete der Gesetzgebung auch nicht positive Dinge in Aussicht stellen kann, so komme ich doch nicht mit leeren Händen vor den Kongress. Ein Minister ist zwar nicht das Mädchen aus der Fremde, das für jeden eine schöne Waise mitbringt; immerhin habe ich für den Kongress doch etwas mitgebracht. Es ist auf der Tagung wiederholt von einer

Durchbrechung des Bildungsmonopols

gesprochen worden. Im Etat des Reichsinnenministeriums ist eine Vermehrung der Mittel zur Unterstützung minderbemittelter intellektueller Kinder vorgesehen worden. Ueber 14 Millionen sind für solche Zwecke mehr als früher bereitgestellt worden. (Starker Beifall.) Der Finanzminister beantragt beim Geldausgeben. Das kann ich ihm nicht verdenken angesichts der allgemeinen Finanzlage des Reiches. Auch ich bin für das Sparen, aber für Sparen am richtigen Ort. Ich beabsichtige deshalb den

Abbau der Technischen Rosthilfe:

mit dem auf diese Weise eingesparten Geld läßt sich immerhin zur Durchbrechung des Bildungsmonopols etwas tun. (Stürmischer Beifall des Kongresses, Lufte: „Das allein ist schon ein Panzerkreuzer wert!“) Wir werden zunächst 54 Millionen und später 24 Millionen Mark einsparen. Ich kann an den Abbau der Technischen Rosthilfe um so ruhiger herangehen, als ich mein Vertrauen zu den Gewerkschaften habe. Ich weiß, daß die Gewerkschaften in kritischen Situationen auch zu mir Vertrauen haben werden, und deswegen bedeutet für mich der Abbau der Technischen Rosthilfe kein besonderes Risiko. Gespart kann aber auch werden, wenn wir endlich zu einem wirklichen Deutschen Reich kommen und dem Parlamentarismus und der Weisheit zu Leibe gehen. Wenn wir erst aus dem Stadium der Presseerörterungen und der Länderkonferenzen herauskommen, und wenn erst einmal einige der kleinen Länder verschlungen sind, dann ist der erste Schritt vorwärts getan, der uns schließlich zu einer Reichskulturpolitik und zu einem Reichskulturministerium bringen muß.

Den Gewerkschaftskongress rufe ich zur Mitarbeit für diese Ziele auf: Mit dem Verputzen der Gelder für unnützes hässliches Neben- und Durcheinander muß Schluss gemacht werden. Was auf diese Weise eingespart wird, das kann der Förderung des Aufstiegs von befähigten Kindern der Arbeiterklasse unendlichen Segen und Nutzen stiften. (Langanhaltender, stürmischer Beifall.)

Wenn Severing seine und seiner Ministerkollegen Zustimmung zum Beginn des Panzerkreuzerbaues damit entschuldigen will, daß es sich um eine taktische Frage gehandelt habe, so wird er bei einem sehr großen Teil der Parteigenossen auf berechtigten Widerspruch stoßen. Die Empörung der Parteigenossen über die Zustimmung unserer Minister zum Beginn des Panzerkreuzerbaues ist gerade deswegen so groß, weil sie irgendwelche taktische Notwendigkeit für diese Haltung nicht einzusehen vermögen. Es dürfte Severing schwer werden, der Mehrheit der Genossen begründlich zu machen, daß unsere Parteigenossen in der Regierung völlig kampfflos zurückweichen mußten und nicht einmal den bescheidensten Versuch machen konnten, den Bau des Panzerkreuzers zu verhindern. Gelänge es Severing wirklich, die Technische Rosthilfe abzubauen, so wäre das sicher sehr zu begrüßen, man muß aber erst abwarten, ob Severing mit dieser seiner Absicht im Reichskabinett und im Reichstag durchkommen wird.

Bildung und Arbeiterklasse

Fororderungen der Gewerkschaften

Hamburg, 6. September. (Sig. Drahtbericht.)

Die Sitzung wird um 9.15 Uhr eröffnet. Der Eintritt in die Tagesordnung bezieht sich, wie bereits berichtet, der Kongress den Reichsinnenminister Severing. Dann wird die Debatte über den Punkt der

Vereinheitlichung und Selbstverwaltung der Sozialversicherung

fortgesetzt.

Dommer, Königsberg, fragt über die schlüssende Art der Erhebung von Entschädigungen in Berufssachen durch die Oberverwaltungsämter. Er weist auf das vorläufige Arbeiten der Arbeitsgerichte hin, die bei Streitfällen immer sehr rasch Entscheidungen herbeiführen. Der Redner kritisiert dann die Art der Verhängung der Gelder der Sozialversicherung. 90 Prozent der zur Verfügung gestellten Gelder würden an Fabrikanten benutzt und nur 10 Prozent zu Wohnungsbauten.

Gähler, Kosenstein, von der Opposition lehnte die Entschädigung des Bundesoberlandes zur Vereinheitlichung der Sozialversicherung ab. Thoma, Frankfurt am Main, von den Dozenten begründet einen Antrag des Zentralverbandes der Dozenten, der sich scharf gegen die leichtfertige Art wendet, wie heute die Entschädigung zur Verfügung von Immunitätsbesitzungen

geben wird. — Schäfer, Leipzig, tritt ebenfalls für die Herabsetzung der Altersgrenze in der Invalidenversicherung und für die Erhöhung der Rente ein. In seinem Schlusswort polemisiert Hermann Müller gegen Lehmann vom Hauptvorstand deutscher Krankenkassen.

In der Abstimmung wird die Entscheidung des Bundesvorstandes und des Bundesausschusses zur Vereinheitlichung und Selbstverwaltung in der Sozialversicherung angenommen. Weiter wird angenommen der Antrag des Zentralverbandes der Dozenten gegen die Begünstigung der Innungsfrankenkassen. Der Antrag des Fabrikarbeiterverbandes zur Sicherung eines einheitlichen Handelns in der Reformarbeit für die Sozialversicherung durch Besprechungen zwischen Bundesvorstand und Verbände wird dem Vorstand zur besonderen Beachtung empfohlen. Angenommen wird der Antrag der Fabrikarbeiter auf Herabsetzung der Altersgrenze in der Invalidenversicherung auf 60 Jahre. Die übrigen Anträge, die die Zustimmung der Antragskommission gefunden haben, wurden dem Bundesvorstand als Material überwiesen. So u. a. auch der Antrag auf Ausbau der Witwenrenten, auf Schaffung von Garantien dafür, daß die Witwenrenten bei dem Tode des Ehepartners in jedem Falle gezahlt werden und nicht erst dann, wenn die Witwe 65 Prozent arbeitsunfähig ist.

Die kommunistische Opposition hatte im Laufe des Vormittags eine Entscheidung zur Panzerkreuzerfrage eingemittelt. Der Kongress verlegte dieser Entscheidung